

Leipziger Tageblatt

Handels-Zeitung

Bezugspreis: Durch die Post in Deutschland für Monatslieferung 4 Mark, für Ausland 5 Mark. Einzelhefte 10 Pf. Fernabnahme: 10% Rabatt. Bestellungen an den Verleger: Leipzig, Buchdruckerei „M. & H. Born, Richter & Ritten“.

Anzeigenpreis: Für die Gesamtheit (Stabs- u. Post-) Anzeigen: 1. Zeile 24 Spalten 24 Stunden 2000 Mark. 2. Zeile 24 Spalten 24 Stunden 1500 Mark. 3. Zeile 24 Spalten 24 Stunden 1000 Mark. 4. Zeile 24 Spalten 24 Stunden 750 Mark. 5. Zeile 24 Spalten 24 Stunden 500 Mark. 6. Zeile 24 Spalten 24 Stunden 250 Mark. 7. Zeile 24 Spalten 24 Stunden 125 Mark. 8. Zeile 24 Spalten 24 Stunden 62 Mark. 9. Zeile 24 Spalten 24 Stunden 31 Mark. 10. Zeile 24 Spalten 24 Stunden 15 Mark. 11. Zeile 24 Spalten 24 Stunden 7 Mark. 12. Zeile 24 Spalten 24 Stunden 3 Mark. 13. Zeile 24 Spalten 24 Stunden 1 Mark. 14. Zeile 24 Spalten 24 Stunden 50 Pf. 15. Zeile 24 Spalten 24 Stunden 25 Pf. 16. Zeile 24 Spalten 24 Stunden 12 Pf. 17. Zeile 24 Spalten 24 Stunden 6 Pf. 18. Zeile 24 Spalten 24 Stunden 3 Pf. 19. Zeile 24 Spalten 24 Stunden 1 Pf. 20. Zeile 24 Spalten 24 Stunden 50 Pf. 21. Zeile 24 Spalten 24 Stunden 25 Pf. 22. Zeile 24 Spalten 24 Stunden 12 Pf. 23. Zeile 24 Spalten 24 Stunden 6 Pf. 24. Zeile 24 Spalten 24 Stunden 3 Pf. 25. Zeile 24 Spalten 24 Stunden 1 Pf.

Nr. 47

Verantwortlich für den Text: Schriftführer **H. Goldstein**, Leipzig. Verantwortlich für die Bilder: **Edmund Müller**, Leipzig. Druck: Leipzig, Buchdruckerei „M. & H. Born, Richter & Ritten“.

Sonnabend, den 23. Februar 1924

Berliner Schriftleitung: Postfach 21 (Fernsprecher 3600-3603). Leipziger Schriftleitung: Postfach 21 (Fernsprecher 3588).

118. Jahrg.

Berlin und Paris

22. Februar.

L. G. Der absterbende Reichstag hat mit der Polyz-Debatte noch einmal die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen, die sich dem parlamentarischen Echo 12 mit solcher Standschamhaftigkeit ertragenen Leiden eines sonst durch seine Anlage zum heiteren Vergnügen bekannten Volkstheaters nicht vertragen konnte. Freilich läßt sich kaum behaupten, daß sich die Debatte ganz auf der Höhe ihres Gegenstandes bewegt hätte. Die Wichtigkeit einer Volksvertretung, die sich selbst überlebt hat und sich daher der nationalen Teilnahme an ihren Beratungen nicht mehr sicher fühlt, konnte sich auch da nicht völlig verleugnen. Daraus werden jedoch diejenigen, die eben aus dem Grunde der Ueberlebtheit des im Juni 1920 gewählten Reichstags schon vor längerer Zeit für seine vorzeitige Auflösung eingetreten sind, heute nicht mehr den gleichen Schluß ziehen. Denn nun, da die Legislaturperiode ohnehin schon nahezu an ihrem Ende angelangt ist, lohnt es sich nicht mehr, das Blut an politischer und wirtschaftlicher Unrast, das etwa durch eine verfrühte Reichstagsauflösung verursacht werden könnte, um der wenigen Wochen willen zu riskieren, um die es sich jetzt überhaupt noch handeln kann.

Bekanntlich sind es auf der einen Seite die Sozialdemokraten, auf der anderen die Sozialdemokraten, die der Ruhe des in den letzten Tagen liegenden Reichsparlamentes gefährlich zu werden drohen. Was jene andeulamt, so kann man es immerhin verstehen, daß sie, der Dauerhaftigkeit ihrer Sache misstrauend, deren Geduldskraft in der Tat in ungekehrtem Verhältnis zum politischen Neidwerden des Volkes steht, so rasch als möglich die Hochkonjunktur auszunutzen wünschen, die sich ihnen in den Gelegenheiten der letzten Landtagswahlen fundgetan hat. Die Parteien der Linken aber haben keinen Grund, ihnen an die Hand zu gehen, und am wenigsten die Sozialdemokraten, deren Interesse an einer Verfrüfung der Wahlen wirklich nicht einzusehen ist und deren Reichspolitik im gegenwärtigen Augenblick daher nur als unkluge Rechtshoherei gewertet werden könnte. Allerdings hat uns die Sozialdemokratie in der letzten Zeit an dergleichen gewöhnt. Ist es doch ihrem Verhalten unter anderem ganz wesentlich mit zu verdanken, wenn in Thüringen, einer vor kurzem noch als uneinnehmbar geltenden Festung des Republikanismus, jetzt eine Regierung gebildet werden konnte, die keineswegs das Vertrauen der Republikaner verdient.

Auch das französische Parlament steht, wie man weiß, vor dem Ende seiner Lebenszeit. Der beträchtliche Einfluß aber, den die jeweilige Regierung auf den Verlauf der Wahlen auszuüben pflegt, dringt es mit sich, daß die Vermittlung der Parteien in den letzten Monaten der existierenden Volksvertretung fast ausschließlich darauf gerichtet ist, mit einem ihnen günstigen Ministerium in den Wahlkampf einzutreten zu können. Was für eine Regierung es nun ist, die der Mehrheit der Abgeordneten unter diesem Gesichtspunkt als wünschenswert erscheint, das ist bei der außerordentlichen Zersplitterung des französischen Parteiwesens um so schwerer zu sagen, als man es mit beiläufig einem Duzend junger, nur durch unklare Bezeichnungen voneinander geschiedener Gruppen zu tun hat, die außerdem noch häufig in sich selber uneinig sind. Gerade bei den letzten wichtigen Abstimmungen in der Kammer fand man regelmäßig Mitglieder fast aller Parteien sowohl bei der Mehrheit als auch bei der Minderheit. So haben bei der jüngsten Abstimmung, über eine von der Regierung eingebrachte Steuererhöhung, 2. 2. 25 Mitglieder der Republikanisch-DEMOKRatischen Linken für, 26 Mitglieder der gleichen Parteien gegen die Regierung gestimmt. Die Republikanisch-DEMOKRatische Aktion war mit 30 ihrer Anhänger auf der Regierungsseite, mit 12 bei der Opposition, und selbst die Republikanisch-DEMOKRatische Centre, die den Kern des „nationalen Blocks“ bildet, stellte neben 135 regierungstreuen Stimmen immerhin 11 für die Gegenseite. Man wird danach verstehen, daß es ziemlich müßig ist, das Schicksal des Kabinetts Poincaré vorherzusagen zu wollen. Für den Augenblick läßt sich nur soviel sagen, daß es jedenfalls eine sehr beachtenswerte Kraftprobe war, die Poincaré wagte und gewann, als er vor einigen Tagen den schon ganz von Wahlgedanken beherrschten Abgeordneten die Aufgabe einer in solchem Zeitpunkt besonders ungeliebten Steuererhöhung zumutete. Der für die Lebensfähigkeit des Ministeriums Poincaré günstige Eindruck, der als Ergebnis dieser Abstimmung zurückgeblieben ist, kann durch die, wenn auch knappe Mehrheit, die gestern im Senat für die Regierung stimmte, zum mindesten nicht als widerlegt gelten.

Frankreichs Okkupationspolitik

Stegreif-Erklärungen Strefemanns im Reichstag

Berlin, 22. Febr. (Eig. Tel.) Sofort nach Erscheinung der heutigen Reichstagsfassung ergreift Außenminister Dr. Strefemann das Wort, um folgende Erklärung abzugeben:

Der Standpunkt der Reichsregierung in der Frage der Polyz-Interpellationen ist gestern bereits durch den Minister für die besetzten Gebiete zum Ausdruck gebracht worden. Es läge also an sich keine Veranlassung vor, daß ich als Minister des Auswärtigen zu dieser Frage noch einmal Stellung nehme. Auch die Anregungen, die Abgeordneter Hefferich gestern vorgebracht hat und die sich auf das Sondergebiet beziehen, werden wohl besser in der großen Aussprache der kommenden Woche erörtert werden. Ich möchte heute nur bemerken, daß zu den besetzten deutschen Gebieten auch das deutsche Sondergebiet gehört. Die Tätigkeit des Auswärtigen Amtes in der Polyz-Frage darf man nicht als passiv bezeichnen. Wir werden demnächst ein Weißbuch über die Schritte vorlegen, die die Reichsregierung in der Polyz-Frage getan hat. Auch die am unmittelbarsten an der Polyz-Frage beteiligte deutsche Regierung, die bayrische, hat uns ihren Dank für unsere Tätigkeit ausgesprochen. Es ist auch nicht richtig, daß wir die letzte französische Antwort auf unsere Beschwörnisse stillschweigend eingestrichelt hätten. Ich möchte in diesem Zusammenhang eine Mitteilung machen, die mir heute durch den deutschen Botschafter in Paris zugeht. Wir haben im November eine ausführliche Note über das Verhalten der französischen Besatzung abgegeben. Die französische Antwort verfuhrte einen Bruchteil der deutschen Botschafter zu widersprechen. Ein Eingehen auf den Gesamtinhalt unserer Note lehnte sie prinzipiell ab mit dem Bemerkten, daß die französische Regierung der Internationalen Kommission in Koblenz unrecht läte, wenn sie die Beschwörnisse für Punkt beantwortete. Die Note schloß damit, die deutsche Regierung habe in schlechtem Glauben Anfragen gegen Frankreich erhoben und sich dadurch für alle Botschafter, die sie in Zukunft vorbringen, verächtlich gemacht. Wir stellten darauf nahe Ermittelungen an; ehe wir aber ihr Ergebnis der französischen Regierung überreichen konnten, waren wir gezwungen, eine weitere Beschwörung an sie zu richten. Das war die Note vom 2. Februar, die, ohne auf einzelne Fälle einzugehen, das gesamte Verhalten Frankreichs gegenüber den Separatisten behandelte. Die französische Regierung antwortete dadurch, daß sie sagte, es handelte sich um nicht erwiesene Verleumdungen. Dies alles hat uns nun erneut veranlaßt, das gesamte Material und auch einige neue Tatsachen der französischen Regierung erneut zur Verfügung zu stellen. Dieses Material wurde in einer erschöpfenden Darstellung am 20. Februar durch den deutschen Botschafter in Paris überreicht. Nun teilt mir heute der deutsche Botschafter mit, daß ihm

diese Note zurückgeschickt worden sei. (Beifall laut, hört!) Frankreich lehne es ab, sich in Streitigkeiten zwischen Deutschen einzumischen und erkläre, die französische Regierung sei an diesen Streitigkeiten nicht beteiligt. (Erneutes hört!) Hört! Ach, wenn die französische Regierung sich doch nicht beteiligen wollte (Seufz laut) — dann würde der ganze Spul in vierundzwanzig Stunden beendet sein! Es würde keine Separatisten in der

Polyz mehr geben, und wenn nun heute Protest dagegen erhoben wird, daß es, wie etwa in Vianafene, zu Plutaten gekommen sei, so sind diese Tatsachen wohl juristisch zu beurteilen, vor Gott aber durchaus zu rechtfertigen! (Beifall laut.)

Wir leben gegenwärtig in einer Situation, in der die Welt nach einer Lösung der großen Wirtschaft- und Finanzfragen sucht. Jedermann in Deutschland wünscht und erhebt eine Verständigung in diesen Fragen. Jede Verständigung aber muß ausgehen von einem Verhältnis der Gerechtigkeit, nicht aber vom Materialen. Wenn man dem deutschen Volke zumutet, die schwersten Lasten zu übernehmen, dann kann diese Forderung nur gestellt werden an ein Volk, das das Einzige ist, das es mit diesen Lasten die vertragsmäßige Freiheit sich erwirbt, auf die es ein Recht hat! Es handelt sich hier um einen Kampf um unsere Rechte. Dieser Kampf wird bleiben, auch wenn man deutsche Werten zurückweist, und was sich ergibt ist der Verweigerung der Menschenrechte, wird schließlich nicht fallen auf diejenigen, die man schließlich zu Verzweiflung treibt, sondern auf die intellektuellen Urheber! (Beifall laut.)

Nach Dr. Strefemann spricht **Abg. Hensling** (D. V. L.): Noch nie in der Geschichte sind solche Schandtatzen begangen worden wie von den Franzosen gegen das rheinische und pfälzische Volk. Das ist nicht mehr Machtgefühl, das ist Sadismus! Es ist keine Nation, die so jeder Milderkeit bar und so unstillbar ist wie das französische Kampfbrot. Das Recht, die ewigen Rechte aus dem Himmel zu holen und zum letzten Mittel zu greifen, muß dem deutschen Volke vorbehalten werden.

(Die Sitzung dauert fort)

Von unserem Berliner Vertreter **R. Berlin**, 22. Februar. Bei der heutigen Rede des Außenministers Dr. Strefemann zu der Polyz-Debatte handelte es sich offenbar um eine Improvisation, zu der Dr. Strefemann sich unter dem frischen Eindruck der Weisung des Pariser Botschafters entschlossen hatte. Ob es sehr schicklich war, dieses Bruchstück der zwischen Paris und Berlin sich hin und her spinnenden diplomatischen Diskussion aus dem Zusammenhang herauszureißen und mit solcher agitatorischer Betonung von der Tribüne des Reichstages aus aller Welt bekanntzugeben, ist mindestens fraglich. Die Periode der fruchtlosen arden Reden der leitenden Staatsmänner schien in nun alljährlich überwinden, seitdem die diplomatische Aussprache an ihrer Stelle allmählich in Genu gekommen war. Es wäre in jedem Falle sehr bedauerlich, wenn diese alljährliche Entwidlung durch die heutige Rede Strefemanns wieder aufhalten werden sollte. Aber Dr. Strefemann ist ja nicht nur Außenminister, sondern auch Führer einer großen Partei und hat als solcher wohl Sorgen, und nachdem das ideallose Temperament des Herrn Hefferich gestern im Reichstags hat Triumph feiern können, als ob die Führer der Deutschen Volkspartei offenbar, nicht allzuweit hinter ihm zurückbleiben zu dürfen.

Die geplanten deutschen Goldbanken

Paris, 22. Februar. (Eig. Tel.) Das „Zeit Journal“ veröffentlicht heute weitere Einzelheiten über die von Dr. Schacht für die deutsche Goldkreditbank und spätere Gold-Emissionsbank geplanten Pläne. Danach soll die Goldkreditbank mit einem Kapital von 200 Millionen Goldmark ausgestattet werden, von denen je 100 Millionen Goldmark auf das Reich und auf private deutsche Bank, ausländische Beteiligung entfallen. Dr. Schacht wird versuchen, diese Kapitalien im Ausland unterzubringen, um darauf Kredit zu erhalten, wobei er auf eine Summe von etwa 4-500 Millionen Goldmark in Devisen rechnet. Als weitere Garantien werden Wechsel der deutschen Industriellen und Importeure zu gelten haben. Die Importeure, die für die Einfuhr von Rohstoffen Kredit benötigen, werden diese nur erhalten, wenn sie Wechsel mit ihrer eigenen Unterschrift sowie mit der des Industriellen, für den die Ware bestimmt ist, hinterlegen. Diese Wechsel werden zugleich dem Reich gegenüber als Garantie gegen einen Mißbrauch des Goldbankkredits zu dienen haben.

Die des weiteren geplante Goldemissionsbank hat folgende Aufgaben: Sie soll die Goldmark als neue deutsche Währung einführen und dadurch die Stabilisierung der deutschen Währung ermöglichen. Die Gold-Emissionsbank wird die Reparationszahlungen sichern. Dr. Schacht erklärt, daß die zweite, die Goldemissionsbank mit einem Kapital von 400 Millionen Goldmark

gegründet werden soll. Die Hälfte dieses Kapitals würde von alliierten und neutralen Seite, die andere Hälfte von deutscher Seite zur Verfügung gestellt werden. Die Emissionsbank würde eine dreimal so große Goldreserve haben, d. h. über 1200 Millionen Goldreserven verfügen, die sich folgendermaßen zusammensetzen: 1. 400 Millionen Goldmark Gründungskapital, 2. 400 Millionen amerikanische Kredite, 3. 400 Millionen aus der Goldreserve der Reichsbank. Dr. Schacht glaubt, mit dieser Summe Banknoten in Höhe von 2400 Millionen Goldmark ausgeben zu können, die also zu 50 Prozent gedeckt sein würden. Wenn das Vertrauen zu Deutschland wieder hergestellt sein würde, würde die Deckung auf 40 Prozent erhöht und der Banknotenlauf vermehrt werden. Darausommen werden dann noch als Garantie die aus dem deutschen Export eingehenden Devisen.

Ein Parlament russischer Prägung

Frankfurt a. M., 22. Februar. (Eig. Tel.) Aus Rom wird gemeldet: Die Uthe der Regierungsmehrheit, die bereits als konfessionslos gemahnt gelten kann, umfaßt 230 einschreibende Polakern, 43 Kriegsteilnehmer und Kriegsdienstverweigerer, 25 Reichsliberale, 31 andere Liberale und 10 leffensliberale Popolari. Von 356 Kandidaten sind nur 100 alle Abgeordnete, so daß die Kammer ein radikal verändertes Gesicht erhält.

Die Franzosen und die Experten

Paris, 22. Februar. (Eig. Tel.) Am Dinstag wird jede Hastigkeit über die Arbeiten der Sachverständigenausschüsse und über die voraussichtliche Reparationsregelung abgelehnt mit der Begründung, daß vor der Unterbreitung des Berichtes der Sachverständigen nichts gesagt werden könne. Die von der Regierung inspirierten Organe bezeichnen es heute früh als notwendig, die Sachverständigen in Ruhe arbeiten zu lassen und sie nicht durch eine verfrühte Presse Diskussion über angebliche Beschlüsse, die noch gar nicht formuliert seien, zu stören. Der „Matin“ erklärt, der Bericht des ersten Sachverständigenausschusses würde ein Ereignis von größter Tragweite sein. Die Mitglieder dieses Ausschusses seien bemüht, einen einstimmig gebilligten Bericht auszuarbeiten.

Die von der französischen Delegation autorisierten Pressevertreter äußern sich optimistisch über die in Aussicht genommene Regelung. Dieser Optimismus wird im „Canard“ durch die drei folgenden Ermüdungen begründet. Das Prinzip der militärischen Ruhrbesetzung wird von den Sachverständigen nicht in Frage gestellt. Ein Moratorium wird höchstens auf drei Jahre bewilligt und soll gewisse Sachleistungen für den Wiederaufbau, sowie Teilzahlungen in bar zugunsten Frankreichs und Belgiens nicht ausschließen. Die Rückgabe der rheinisch-westfälischen Eisenbahn an die Reichsbahn, die als Pfand für eine große internationale Anleihe dienen soll, wird zu einem für Frankreich und Belgien sehr annehmbaren Komпромiß führen.

Die „Journale Industrielle“ warnt davor, sich durch klingende Ueberschwänge darüber hinwegzusetzen zu lassen, daß die von den Sachverständigen geplante finanzielle Lösung die politischen und militärischen Schwierigkeiten in vollem Umfang beseitigen werde. So könnte zum Beispiel nicht behauptet werden, daß die Gründung einer internationalen Reichsbahn-Gesellschaft irgendwelche militärischen Garantien für Frankreich bieten könnte. Die Beteiligung Frankreichs an der Anatolischen Bahn hätte die Türkei nicht daran gehindert, Armeen gegen Frankreich zu führen, und die Beteiligung an der Euxinischen Gesellschaft würde im Falle eines Krieges mit England den Franzosen keinerlei Recht geben, den Kanal zu kontrollieren.

Die nationalistische Presse lehnt ihre Kampagne gegen die angeblichen Beschlüsse der Sachverständigen fort und äußert die Hoffnung, daß Poincaré sich auf eine dreierliche Lösung nicht einlassen werde. Bertinot erklärt im „Echo de Paris“, seines Willens habe Poincaré in keiner Weise seine Zustimmung gegeben und man dürfe behaupten, daß er im gegenwärtigen Augenblick nicht einmal den Versuch auf die Forderung Deutschlands im Besetzten und unbesetzten Deutschland zugestehen würde.

Englische Partei-Manöver

London, 22. Februar. (Eig. Tel.) Gestern im späteren Abendstunden versuchten die Liberalen, die Arbeiterregierung ein Bein zu stellen, indem sie den Widerstand eines Teiles der Arbeiterpartei gegen den geplanten Ausbau einiger Kreuzer auszunutzen versuchten und der Arbeiterregierung vorwarfen, den Abrüstungsplan preisgegeben zu haben. Ramsay MacDonald erklärte, daß die Behauptung, es handele sich hier um eine Verstärkung der Flotte oder sogar um neue Aufrüstungsmaßnahmen, durchaus irreführend sei. Es kämen nur Ersatzbauten für veraltete Schiffe in Frage. Es sei vollkommen unsinnig, den bestehenden Verleumdungsapparat durch Vernachlässigung der notwendigen Bauten zu schwächen, bevor man über weitere Schritte der Abrüstung eine Einigung erzielt hätte. Der Marineminister im konservativen Kabinett, Amery, erklärte, daß seine Partei die Regierung bei der Abstimmung unterstützen werde. Die öffentliche Meinung des ganzen Landes werde die liberale Partei beurteilen, wenn sie aus falschen Gesinnungsrücksichten heraus die notwendigen Bauten für die Landesverteidigung verhinere. Der Antrag, das Haus zu vertagen, wurde dann mit 372 gegen 73 Stimmen angenommen.

Es hat den Anschein, als ob die konservative Partei entschlossen sei, jeden Versuch der liberalen Partei zu verhindern, die Arbeiterregierung durch

Dollarparitäten an Auslandsbörsen

| | in Millionen Mark | 22. Februar | 21. Februar |
|----------------------|-------------------|-------------|-------------|
| Paris | 4.4 | 4.5 | |
| Amsterdam | 4.5 | 4.5 | |
| London | 4.5 | 4.5 | |
| Prag | 4.4 | 4.4 | |
| New York (Nachbörse) | 4.4 | 4.5 | |
| | | 4.4 | |

New York Feiertag